Nummer 378

# Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 30000 Mk. 69. Jahrgang Freitag, 17. August 1923

Als Beilagen erscheinen: Der tägliche vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinschein-Kalender, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt und Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskripte übernimmt d. Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingel. Manuskripten ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Lunk, Berlin; Polit. Teil: Inneres P. Steinborn Schöneberg; Ausland: H. Jäger, Berlin; Kunst, Wissenschaft u. Lokales: F. Köppen, Bln.-Friedenau; Inseratenteil: H. Nongiewsky, Bln.-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei u. Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigen-Preis: Die 12 gespalt. Zeile 200000 Mk., Reklamezeil 800000 Mk., Stellungsuchende 80000 Mk. Bezugs-Preis freibl.: für Monat August 300000 Mk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen werden bei sämtl. Zeitungsspediteuren, unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Auslands-Bezug nur unter Streifband zulässig; Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1923 für Amerika 4 Dollar, Frankreich 45 frzs. Francs, Belgien 45 belg. Francs, Schweiz 20 schweiz. Francs, Holland 10 holl. Gulden, Dänemark 20 dän. Kronen, Schweden 15 schwed. Kronen, Norwegen 20 norw. Kronen, England 20 Schilling, Italien 90 Lire, Rumänien 500 rum. Lei, Spanien 25 span. Pesetas, Finnland 150 finn. Mark, Tschechoslowakei 125 tschech. Kronen, Brasilien 40 Milreis, Argentinien 12 Pesos, Serbien 300 Dinar, f. August Oesterreich 450000 Mk., Ungarn u. Polen 600000 Mk.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

## Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte aufgelöst.

Berlin, 16. August.

Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, hat der Minister des Innern auf Grund des § 14 Abs. 2 in Verbindung mit § 7 Ziffer 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte zu Berlin, nebst seinen Unterausschüssen, also auch den „Fünfzehnerausschuß der Betriebsräte von Groß-Berlin" aufgelöst und verboten. In der Begründung wird u. a. ausgeführt, daß der Reichsausschuß bestimmten Einfluß auf die Bildung und Betätigung der verbotenen proletarischen Hundertschaften ausübe.

eca Hannover, 16. August.

In Hannover ist gegen eine große Anzahl von Kommunisten Haftbefehl erlassen worden. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, wird der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig sich mit einer Reihe von Fällen zu befassen haben.

## Die schutzlose sächsische Wirtschaft.

Eigener Drahtbericht.

Bd Dresden, 16. August.

Nach einer Meldung des Sächsischen Zeitungsdienstes soll der Herr Reichskanzler Vertretern der sächsischen Wirtschaft zugesagt haben, in einer Kabinettssitzung eine Entschließung über die Verhältnisse in Sachsen herbeizuführen. Diese Nachricht ist nach amtlicher Dresdner Mitteilung falsch. Die vorsprechenden Vertreter der sächsischen Wirtschaft sollen ferner nach einem Bericht der sächsischen Gesandtschaft behauptet haben, bei der Besprechung mit dem Ministerpräsidenten habe dieser auf ihre Frage, was sie denn zu ihrem Schutz tun sollten, erklärt, vielleicht sei hierzu das Reich in der Lage. Aus diesem Grunde seien sie nach Berlin gekommen, um beim Reich Hilfe zu suchen. Falls dieses zutrifft, würden die Mitglieder der Deputation den Herrn Reichskanzler falsch informiert haben. Der Herr Reichskanzler hat denn auch den anwesenden Vertreter der sächsischen Gesandtschaft sofort gefragt, ob dies richtig sei, ob also die sächsische Regierung ein Einschreiten des Reiches wünsche. Dieser hat daraufhin erwidert, die Darstellung der Deputation erscheine ihm unwahrscheinlich; sie entspricht auch nicht den Tatsachen. Die sächsische Regierung hat keinen Anlaß, ein Eingreifen der Reichswehr zu wünschen. Ein solches würde vielmehr, wie der Ministerpräsident schon am 14. d. M. den mit ihm beratenden Vertretern der Industrie in zweideutigster Weise gesagt hat, ganz unberechenbare Folgen haben.

## Die Lage in Sachsen.

Magdeburg, 16. August.

Die Lage in der Provinz Sachsen hat sich wesentlich gebessert. Die kommunistische Generalstreikpropaganda darf als fehlgeschlagen angesehen werden. Gegen die Streikhetzer und die Streikleiter ist durch zahlreiche Verhaftungen vorgegangen worden. Die Zentral-Streikleitung der Landarbeiter, die Streikleitungen der Kreise Calbe und Genthin sind festgenommen worden. Infolge dieser Verhaftungen sind die Streiks, vor allem im Regierungsbezirk Magdeburg, in der Auflösung. Verhaftet sind bisher etwa 40 Personen aus den Kreisen der kommunistischen Hetzer und Führer.

## Die Verhandlungen über die Bergarbeiterlöhne.

Am gestrigen Donnerstag fanden in Berlin, wie allwöchentlich, Verhandlungen über die Bergarbeiterlöhne statt. Entgegen den bisherigen Gepflogenheiten konnte eine Einigung nicht erzielt werden, da die Forderungen der Bergarbeiter zum Teil noch stark unter dem Eindruck der Erregung standen, die infolge der bolschewistischen Generalstreikpropaganda die Reviere ergriffen hat. Auf Vorschlag des Vorsitzenden waren daher beide Teile mit der Einsetzung eines Schiedsgerichtes einverstanden, das seinen Spruch am heutigen Freitag fällen wird.

# Französischer Vorstoß gegen die Goldanleihe.

## Die Repko macht Vorbehalte.

eca Paris, 16. August.

Ein Communiqué der Reparationskommission teilt heute abend mit, daß die Kommission sich in der Sitzung vom 14. August mit der neuen deutschen Goldanleihe befaßt habe, und mit Stimmenmehrheit bei Stimmenthaltung des englischen Delegierten beschlossen habe, an Deutschland ein Schreiben zu richten, in dem ein Vorbehalt gegen die deutsche Goldanleihe formuliert wird. Dieser Brief ist am Dienstag abend der Kriegslastenkommission übermittelt worden. Es führt aus, daß die Tatsache, daß die deutsche Regierung es nicht für notwendig gehalten habe, auf Grund des § 248 des Versailler Vertrages die Kommission um eine Ausnahmeermächtigung von diesem Artikel zu ersuchen, es für die Reparationskommission notwendig mache, einen ausdrücklichen Vorbehalt zu formulieren, sowohl gegenüber den Unterzeichnern der deutschen Goldanleihe als auch den übrigen Anteilhabern hinsichtlich ihres Prioritätenrechtes an den Sicherheiten, die die deutsche Regierung für die Zahlung der Zinsen und die Kapitalsamortisierung der Anleihe bezeichnen wird. Einen Vorbehalt aber müsse die Reparationskommission auch insbesondere hinsichtlich dieser außerordentlichen Einnahme selbst machen, die von ihr evtl. für die Entlastung der Reparationsannuitäten in Anspruch genommen werden kann.

# Dieser Vorstoß der Reparationskommission gegen die deutsche Goldanleihe kommt nicht unerwartet. Denn erstens hat die Reparationskommission bis jetzt keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um gegen frühere ähnliche Ansehen Front zu machen und sie möglichst zu schädigen. Und zweitens ist die Reparationskommission kein über den Parteien stehendes Organ, sondern notorisch das Instrument der französischen Zerrüttungspolitik. Deshalb hat die von Frankreich majorisierte Kommission ein Interesse daran, die neue deutsche Goldanleihe, einen aussichtsreichen Versuch, Gesundung und Klarheit in die deutsche Finanzwirtschaft zu bringen, vor dem Auslande, und ganz besonders aber auch dem deutschen Publikum gegenüber zu diskreditieren. Es ist zu erwarten, daß von deutscher amtlicher Seite juristisch dem französischen Verwirrungsversuch zu Leibe gegangen wird.

Es ist das alte Spiel: Jeden Sonntag und fast jeden Werktag wirft Herr Poincaré der deutschen Regierung vor, sie sabotiere geradezu den finanziellen Wiederaufbau Deutschlands, um Deutschland künstlich zahlungsunfähig zu erhalten. Auf der anderen Seite aber sabotiert Frankreich jeden deutschen Versuch, Deutschland wieder finanzkräftig zu machen. Die englische Regierung Baldwin hat sich merkwürdigerweise den Vorwürfen Poincarés erst kürzlich wieder, wenn auch in maßvollerer Form, angeschlossen. Sie hat deshalb die jüngsten deutschen finanzreformatorischen Bemühungen offen begrüßt. Was wird sie zu der Aktion der Reparationskommission sagen? Wird sie der Auffassung, die ihr Vertreter in der Kommission durch Stimmenthaltung zur Schau getragen hat, nachdrücklich Ausdruck verleihen?

## Optimismus in England.

London, 16. August.

Reuter vernimmt, daß, obgleich in der Reparationsfrage keine neuen Gesichtspunkte zu verzeichnen sind, in gut unterrichteten Kreisen dennoch ein gewisses optimistisches Gefühl besteht, denn man nehme an, daß ernstliche Bestrebungen im Gange sind, um die Grundlage für ein Uebereinkommen zu finden. Wahrscheinlich wird die französische Note erst Brüssel mitgeteilt werden, bevor sie nach London abgesandt wird, sodaß sie hier nicht vor Ende der nächsten Woche erwartet wird. Man nimmt an, daß Belgien eine gesonderte Antwort aufstellen werde.

## Poincaré verhandlungsbereit?

Paris, 16. August.

„New York Herald" will erfahren haben, daß Poincaré die belgische Regierung bereits über ihre Ansicht betrogt habe hinsichtlich einer Konferenz zwischen dem französischen und dem belgischen Ministerpräsidenten, der, sobald ein endgültiger Reparationsplan aufgestellt sei, eine allgemeine Konferenz mit Lord Curzon und Baldwin folgen solle. Offiziell sei indessen die Nachricht noch nicht bestätigt worden

eca Paris, 16. August.

Es ist bestimmt, daß die Antwort Frankreichs an England einen Teil enthalten wird, in dem Poincaré einen konstruktiven Plan darlegt.

## Amerika ist hilfsbereit — und besteht auf seinen Forderungen.

Washington, 16. August.

Das Kabinett hat gestern seine erste Sitzung unter dem Vorsitz des Präsidenten Coolidge abgehalten. Nach der Sitzung empfing der Präsident Vertreter der Presse, denen er in großen Zügen die Richtlinien seiner Politik bekannt gab. Außenpolitisch betonte er dabei die Hilfsbereitschaft der Vereinigten Staaten gegenüber Europa, sobald eine solche Hilfe von allen Beteiligten erbeten und keine politische Verwickelung damit verbunden sei. An der Politik des Newyorker-Vorschlages werde festgehalten. Coolidge lehnt die Streichung der alliierten Schulden ab. Amerika müsse auf ihrer restlosen Zurückzahlung beharren. Allgemein erklärte Coolidge, daß er die Politik Hardings weiter verfolgen werde. Dem entspricht es denn auch, daß sämtliche Kabinettsmitglieder einstweilen im Amt verbleiben.

## Erklärung Mussolinis über seine Reparationspolitik.

eca Rom, 16. August.

Offiziösen italienischen Blättern zufolge wird Mussolini in der kommenden Woche in einem Ministerrat eine bedeutsame Erklärung über die Reparationspolitik der italienischen Regierung abgeben.

## Schwere Ausschreitungen kommunistischer Erwerbslosen.

Darmstadt, 16. August.

Da sich in Rüsselsheim ein Ausschuß der Erwerbslosen unter kommunistischem Einfluß gebildet hatte, der zu Gewalttätigkeiten aufreizte, wurde gestern abend etwa 25 Mann Gendarmerie aus der Umgebung nach Rüsselsheim entsandt, die mit einigen Bürgern, die sich zur Verfügung gestellt hatten, die Ordnung aufrecht erhalten sollen. Die Haupträdelsführer wurden festgenommen. Die Erwerbslosen der benachbarten Industriestädte, die alarmiert worden waren, verlangten die Freigabe der Verhafteten. Die Polizei wies ihre Forderung zurück. Die Erwerbslosen fuhren darauf durch den Ort, plünderten, mißhandelten einige Einwohner und nahmen 12 angesehene Bürger als Geiseln fest. Die Erwerbslosen und Kommunisten wollen sie nur gegen Freigabe des verhafteten Aktions-Ausschusses auslösen. Ein Versuch der Regierung, Schupo nach Rüsselsheim zu entsenden, scheiterte an dem Widerstand der französischen Besetzungsorgane. Doch ist mit einer baldigen Wiederherstellung der Ordnung zu rechnen.

## Verbot der „Deutschen Zeitung".

Berlin, 16. August.

Durch Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten ist die „Deutsche Zeitung" auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 17. August ab auf drei Tage verboten worden.

## Deutsche Tragik.

### Von Caprivi bis Versailles*).

Von

Dr. Curt Heinrich.

Erst die letzten Monate und Wochen haben allen Deutschen die volle Erkenntnis des ganzen Unglücks gebracht, in das sie mit Reich und Nation gestürzt worden sind. In wilder Not und Verzweiflung gehen da wohl die erregten Stimmen durcheinander, um einen Ausweg aus der unerträglichen Not des Tages zu suchen und jene beherzten Männer, welche in äußerster Sturmgefahr auf die Kommandobrücke an das Steuer springen, vermögen nur mit größter Anstrengung sich Gehör zu verschaffen und das Chaos zur Ordnung zurückzuzwingen.

Und doch muß es geschehen, wenn das deutsche Volk leben will. Deutschland muß wieder zu einem einheitlichen Willen, zur Selbstbehauptung, zu einer einheitlichen Führung gelangen, um in langen Jahren zäher, rastloser Arbeit und hellsichtiger stiller, aber aktiver Politik den ihm gebührenden Platz in der Welt zurückzugewinnen, den es durch das ungeheure Geschehen des letzten Jahrzehnts für immer verloren zu haben scheint. Der deutsche Lebenswille muß sich endlich in einheitlichem Betätigungsdrang gegen die Unheilsmächte des deutschen Schicksals wenden, die unserer nationalen Geschichte seit zweitausend Jahren immer wieder den Stempel düsterer und quälender Tragik aufgedrückt haben.

Dazu ist aber in erster Linie Selbsterkenntnis not, und der allein auch nach dem Schillerschen Wort die uns so verhängnisvoll fehlende psychologische Erkenntnis der andern quellen kann. Beide zusammen mit dem, durch die letzten furchtbaren Leiden und Enttäuschungen gehärteten Willen zur Selbstbehauptung werden dann unser Handeln bestimmen, das als aktive Politik uns den Weg ins Freie führen muß.

Also: Welches sind jene Unheilsmächte der deutschen Geschichte? Durch welche Kräfte, durch welche Mängel und Fehler ist Deutschland in seine tiefste Erniedrigung gestürzt worden? Wer und was trägt die Schuld, die Schuld an der Kriegskatastrophe und an unserer Niederlage?

Es ist nämlich keineswegs nur mit der üblichen Aufrollung der sogenannten Kriegsschuldfrage in zähen Kampfe gegen die infame Kriegsschuldlüge unserer Gegner getan. Schon deshalb nicht, weil im Ringen der Völker Wahrheit und Recht wenig praktische Bedeutung haben, wenn sie nicht zu Triebfedern und Machtquellen für politisches Handeln werden.

So ist denn auch das neue Werk von Hans F. Helmolt „Von Caprivi bis Versailles" sehr viel mehr als ein bloßer „Leitfaden in der Schuldfrage". Oder aber wir meinen damit zugleich auch die Frage nach der andern tragischen Schuld, die uns als Volk zum Verhängnis geworden ist. Daß der Verfasser, der mit dem ganzen Rüstzeug des geschulten, anerkannten Historikers an diese Aufgabe herangegangen ist, sich dabei seiner politischen Verantwortung durchaus klar ist, zeigt die aus dem Bewußtsein der immanenten Tragik entspringende Mahnung zur inneren Verständigung, wenn er über die kritische Wendezeit im Kriege 1917 sagt: „Wie die Dinge nun einmal lagen, kam die Aufgabe, den ursprünglichen Charakter des Verteidigungskrieges zu wahren und dennoch zu einem leidlich annehmbaren Ende zu gelangen, hinsichtlich ihrer furchtbaren Schwierigkeit dem Problème der Quadratur des Kreises gleich. Sie war schlechthin unlösbar. Hat erst einmal die

*) Von Caprivi bis Versailles. Ein Leitfaden in der Schuldfrage, von Hans F. Helmolt, 1923. Union, Deutsche Verlagsanstalt.

Schlußkurs der Mark in New-York
9,000031.
Hiesige Parität
3225800.

Der anerkannte
Sport- und Tourenwagen
Das neue Modell!
Sofort lieferbar!
STEYR 6 Zylinder
12/40 PS
Steyr Automobile
Deutsche Verkaufs A.-G., Berlin
General-Vertretung für Berlin und Brandenburg:
KARL A. KLEIN
BERLIN-FRIEDENAU, Hauptstraße 81/82. Tel. Rheingau 5450-9455.
BERLIN W 62, Kurfürstendamm 1. Tel. Kurfürst 1318. Telegramm-Adresse Kleinkraft-Berlin.